

Streit um die Rastanlage geht weiter

KONTROVERSE Die Bürgeraktion gegen die Tank- und Rastanlage Staffelbach hält unverändert an ihrem Protest fest. Die Autobahndirektion Nordbayern verteidigt das Vorhaben dagegen als unumgänglich für die Verkehrssicherheit.

VON UNSEREM REDAKTIONSMITGLIED ALEXANDER HIRT

Staffelbach - Kein Thema bewegt die Menschen in der Gemeinde Oberhaid derzeit mehr als die geplante Raststätte bei Staffelbach. Die „Bürgeraktion gegen die Tank- und Rastanlage“ hat mittels einer Unterschriftenliste 90 Prozent der Staffelbacher hinter sich gebracht, über 1100 Menschen haben insgesamt unterschrieben. Die Autobahndirektion hält indes an ihren Plänen fest und verweist auf die schlechte Sicherheitslage auf Grund fehlender Lkw-Stellplätze. Und es werden Stimmen laut, die auch die Vorteile einer Rastanlage sehen.

Lutz Röthig, bei der Autobahndirektion Nordbayern für Rastanlagen zuständig, ist mit seinem Entwurf für eine 12 Hektar große „Tank- und Rastanlage Haßberge“ in der Endphase. Dieser gehe in Kürze an das Bundesverkehrsministerium, das die Pläne prüfe. Im Anschluss würde das Planfeststellungsverfahren eingeleitet. Für die Verkehrsanlage rechne die Autobahndirektion mit etwa 5 Millionen Euro Kosten. „Hinzu kommen für das Rasthaus mit Tankstelle und das direkte Umfeld aus unserer Sicht etwa 3 bis 4 Millionen Euro. Diese Kosten trägt aber der Konzessionär und damit nicht der Bund oder der Steuerzahler in weitestem Sinn“, stellt Röthig klar.

An der Notwendigkeit einer Rastanlage besteht aus Sicht der Autobahndirektion kein Zweifel. Im März wurde im Rahmen einer bundesweiten Verkehrszählung festgestellt, dass in den Nachtstunden in Bayern bei etwa 5900 vorhandenen Lkw-Stellplätzen fast 10000 Lkw auf den Rastanlagen abgestellt waren. Nach den Vorgaben des Bundesverkehrsministeriums müssen in Bayern deshalb binnen fünf Jahren 2500 Lkw-Stellplätze gebaut werden. Die Lage verschärfe sich noch, da in den nächsten Jahren mit einer gravierenden Zunahme des Schwerlastverkehrs zu rechnen sei. „Prognosen gehen teilweise von einem 80-prozentigen Anstieg bis 2020 aus“, so Röthig.

Die Notwendigkeit zusätzlicher Lkw-Stellflächen dementiert auch die Bürgeraktion nicht. Ihr Sprecher Horst Melber betont aber, es gebe beispielsweise dringenderen Handlungsbedarf auf der A73. Eine Studie der Bundesanstalt für Straßenwesen gießt in diesem Punkt Wasser auf die Mühlen der Bürgeraktion. Sie konstatiert für die A70 sogar „keine fehlenden Lkw-Parkstände“, für die A73 zwischen Bamberg und Erlangen aber sehr wohl eine Versorgungslücke.

„Eine Raststätte schafft neue Arbeitsplätze und bringt zusätzliche Steuereinnahmen.“

OLIVER GÖTZ

Lutz Röthig schränkt aber ein, die Studie würde allein problematische und nicht ganz so problematische Bereiche zeigen. Es stehe aber definitiv fest, dass es insgesamt an Parkplätzen mangle. Die Strecke zwischen dem Autobahndreieck Schweinfurt/Werneck und dem Bamberger Kreuz habe durchaus Defizite an Lkw-Stellflächen. „Bei der bundesweiten Erhebung im Frühjahr dieses Jahres wurde festgestellt, dass alle Parkplätze an der A70 belegt waren, lediglich private Autohöfe hatten noch Reserven“, so Röthig. Auf den privaten Autohof bei Knetzgau setzt unterdessen die Bürgeraktion weiter ihre Hoffnung. Dort gebe es einen Betreiber, so Melber, der durchaus bereit sei, seine Kapazitäten auszubauen. Über einen Vertrag mit dem Bund könnten so die fehlenden Stellplätze bereitgestellt werden. Da hierfür derzeit die Rechtsgrundlage fehlt, kann die Autobahndirektion den Autohof in Knetzgau nicht in Betracht ziehen und sieht diesem in seiner jetzigen Form nicht als Alternative. Grund: Viele Lkw-Fahrer aus Osteuropa könnten sich die kostenpflichtigen Stellplätze auf Autohöfe nicht leisten und würden dann mangels Alternativen ihre Lkw abseits der Autobahn abstellen. „Das wünschen sich die Menschen sicherlich auch nicht, dass dann die Gemeindestraßen zugeparkt werden“, so Röthig.

Am Standort Staffelbach führe daher kein Weg vorbei. Drei Gründe sprechen für Staffelbach: Erstens sie die A70 westlich des Bamberger Kreuzes deutlich stärker befahren als östlich des Bamberger Kreuzes. Insofern sei die Bereitschaft der Gemeinde Stadelhofen für eine Raststätte keine wirkliche

Option. Zweitens sei ein Standort in Richtung Bamberg sinnvoller als Richtung Schweinfurt, denn auf der A7 bei Schweinfurt gebe es sowohl in nördlicher als auch südlicher Richtung Rastanlagen. Drittens, ein Bau an einem anderen Standort der A70 sei auf Grund des Maintals schwierig - Überschwemmungsgebiete stellen die Autobahndirektion dort vor größere Problem. Die höhere Lage bei Staffelbach löse dieses Problem.

Lebensqualität geht vor

„Eine Raststätte schafft zudem neue Arbeitsplätze und bringt der verschuldeten Gemeinde zusätzliche Gewerbesteuereinnahmen“, argumentiert der Staffelbacher Oliver Götz, der sich klar für eine Tank- und Rastanlage ausspricht. Argumente, die auch Bürgermeister Carsten Joneitis abgewogen hat, aber zu dem Schluss kommt, „dass die Lebensqualität unserer Bürger wichtiger ist“. Diese Lebens- und Wohnqualität sehen die Staffelbacher durch eine Rastanlage massiv eingeschränkt. Aus diesem Grund hat sich der Gemeinderat mittlerweile geschlossen hinter die Bürgeraktion gestellt. Noch im Februar 2006 hatte das Gremium den Bau einer Rastanlage bei Staffelbach begrüßt. „90 Prozent der Staffelbacher haben unterschrieben und ich gehe davon aus, dass die Unterzeichner auch dazu stehen“, stellt Joneitis heraus.

Das bezweifelt Oliver Götz. Er ist der Meinung, dass inzwischen viele der Unterzeichner gar nicht mehr gegen eine Rastanlage seien, sondern dem Thema relativ gleichgültig gegenüberstehen. „Aus Angst, etwas falsches zu sagen und dafür angeprangert zu werden, halten sie aber mit ihrer Meinung hinter dem Berg“, sagt Götz.

Quelle: Fränkischer Tag, 06.12.2008